bremerFORUM

INFORMATIONEN DER SPD-LANDESORGANISATION BREMEN

FOTO: BUNDESREGIERUNG / JESCO DENZEL

8. Dezember 2021: Olaf Scholz wird vom Deutschen Bundestag zum Bundeskanzler gewählt und ernennt anschließend unsere Bremer Bundestagsabgeordnete Sarah Ryglewski zur Staatsministerin. Nach 16 Jahren ist mit Olaf Scholz endlich wieder ein Sozialdemokrat Bundeskanzler. Sarah Ryglewski, die zuvor Parlamentarische Staatssekretärin bei Olaf Scholz im Finanzministerium war, zieht als Staatsministerin mit ins Kanzleramt, das damit hanseatischer und etwas bremischer wird. Sarah wird als Staatsministerin im Bundeskanzleramt künftig u. a. für die Koordination der Bund-Länder-Beziehungen zuständig sein und ihren Teil zu einem gut funktionierenden Föderalismus in Deutschland beitragen.

ARBEIT AM ZUKUNFTSPROGRAMM STARTET

Mit Beginn des Jahres 2022 beginnt ein anspruchsvoller Arbeitsprozess

Wir wollen ein Zukunftsprogramm, das wirklich im Wahlkampf eingesetzt werden kann. D. h. es muss konkret, klar und kurz sein, es muss die Dinge, Schwerpunkte und Ziele beschreiben, die wir garantiert in den nächsten vier Jahren angehen werden, damit das Leben der Menschen in Bremen und Bremerhaven einfacher und besser wird. Wahlen sind immer ein Versprechen an die Zukunft. Mit dem Begriff „Zukunftsprogramm“ setzen wir hierfür von Beginn an ein klares Signal. Die Leistungsbilanz ist für die längerfristige Vertrauensbildung wichtig, aber eher Aufgabe von Senat und Bürgerschaftsfraktion.

Es geht uns vor allem ums „ZUKUNFT MACHEN. GEMEINSAM.“ Unser Programm, der Plan für die nächsten vier Jahre, soll und muss Zuversicht ausstrahlen und von Gestaltungswissen geprägt sein. Zunächst sind die inhaltlichen Grundlagen zu bestimmen, dafür hat der Landesvorstand jetzt 11 themenbezogene Arbeitsgruppen eingesetzt an denen Mitglieder des Landesvorstandes, der Unterbezirke, der sozialdemokratischen Senatsseite, der Bürgerschaftsfraktion und der Arbeitsgemeinschaften und Arbeitskreise beteiligt sind:

1. **Kinder und Bildung**
2. **Gute Arbeit**
3. **Starke Wirtschaft, prosperierende Häfen, kluge Wissenschaft – für Wachstum, Innovation und Nachhaltigkeit**
4. **Innenstadtentwicklung – Bremen- und Bremerhaven**
5. **Lebenswertes Wohnen und soziale Stadtentwicklung (Bau – Verkehr)**
6. **Klimaschutz**
7. **Demokratische Gesellschaft – gleiche Teilhabe – sicher leben**
8. **Freizeit – Kultur – Sport**
9. **Solidarische Gesellschaft – sozialer Zusammenhalt – Integration**
10. **Gesundheit – Pflege**
11. **Finanzielle Grundlagen des Stadtstaates sichern**

Alle interessierten Genossinnen und Genossen sind eingeladen sich beim Brainstorming, bei der Diskussion der Papiere und Anfang Februar 2022 bei digitalen Regionalkonferenzen einzubringen und zu beteiligen. Die Arbeitsgruppen sollen ihre Grundlagenpiere bis Ende Juni 2022 fertigstellen, Mitte Juli werden sie dann vom Landesvorstand in einer zweitägigen Klausursitzung diskutiert und beschlossen. Die Grundlagenpapiere werden für die Beantwortung von Wahlprüfsteinen, Fachdiskussionen und als Ausgangsbasis für spätere Koalitionsverhandlungen gebraucht.

Der Entwurf für das Zukunftsprogramm 2023 – 2027 mit unseren Themen und Botschaften für den Bürgerschaftswahlkampf, mit der Beschreibung, wie wir die Zukunft in unserem Land gestalten wollen, folgt dann Ende September 2022, er wird vom Landesvorstand vorgelegt. Der abschließende Landesparteitag zur Beratung und Beschlussfassung des Zukunftsprogramms ist für Anfang Februar 2023 vorgesehen. ■

DAS GANZE LAND UND ALLE MENSCHEN IN DEN BLICK NEHMEN

Der Präsident des Senats der Freien Hansestadt Bremen und der SPD-Landesvorsitzende im gemeinsamen Interview

Aktuell – kurz vor dem Jahreswechsel – verschlechtert sich die Corona-Lage wieder. Wie geht es nun weiter für Bremen und Bremerhaven?
A. Bovenschulte: Die Lage ist ernst, das steht außer Zweifel, auch in Bremen und Bremerhaven. Obwohl sie bei uns aufgrund der hohen Impfquote nicht ganz so dramatisch ist wie andernorts. Ich bin davon überzeugt, dass wir uns mit unserem umsichtigen und maßvollen Weg in der Pandemiebekämpfung sehr gut sehen lassen können, auch im bundesweiten Vergleich. Aber natürlich brauchen wir ein national und international abgestimmtes Vorgehen gegen die Pandemie. Bremen und Bremerhaven sind schließlich keine Inseln.

FOTO: SPD LAND BREMEN

Auch das neue Jahr wird ganz sicher noch im Zeichen von Corona stehen. Deshalb müssen wir unsere bislang so erfolgreiche Impfkampagne mit Hochdruck fortsetzen. Wir dürfen uns nicht umsonst „Deutscher Impfmeister" nennen, aber wir dürfen uns darauf keinesfalls ausruhen. Wir werden auch beim Boostern alles geben und nicht kleckern, sondern klotzen müssen.

Sowohl die andauernde Corona-Pandemie als auch die Bundestagswahl prägten das Jahr 2021 maßgeblich. Reinhold, du wurdest zudem Mitte 2021 zum Landesvorsitzenden der SPD Bremen gewählt. Wie habt ihr dieses besondere Wahljahr erlebt?
R. Wetjen: Ich habe mich sehr über den Zuspruch gefreut, den ich als Person erhalten habe. Das motiviert und macht Mut. Aber das Jahr war natürlich nicht durch den Wechsel an der Spitze der Bremer SPD, sondern durch die Bundestagswahl geprägt. Wir sind motiviert in den Wahlkampf eingestiegen, obwohl wir anfänglich schon ein wenig verzagt waren, weil wir in den Umfragen so lange wie eingemauert bei 15 Prozent festhingen. Je näher die Wahl aber rückte, umso mehr haben wir gemerkt, dass die Menschen uns zuhören, dass sie sich mit uns und unseren Argumenten auseinandersetzen, dass sie uns die Gestaltung der Zukunft zutrauen. Man hat im Gespräch auf der Straße gemerkt, dass die Menschen den Wechsel wollten. Dies hat uns im Zusammenspiel mit einem hervorragenden Spitzenkandidaten und einer auch handwerklich überzeugenden Kampagne letztlich den Wahlsieg gebracht.

Nach der Bundestagswahl: Andreas, du warst an den Ampel-Koalitionsgesprächen beteiligt. Wie bewertest du die Ergebnisse aus bremischer Sicht?
A. Bovenschulte: Es ist ja das Kernanliegen sozialdemokratischer Politik, das Leben der Menschen ein Stück besser zu machen. Insofern bin ich mit dem Vertrag zufrieden. Er legt die Grundlage für ein wirtschaftlich starkes, sozial gerechtes und ökologisch nachhaltiges Gemeinwesen. 12 Euro Mindestlohn, Rentengarantie, Kindergrundsicherung – das stärkt den sozialen Zusammenhalt, auch bei uns in Bremen. Zudem gehen wir eins der größten sozialen Probleme unserer Zeit an: wir schaffen bezahlbaren Wohnraum. Bundesweit hat sich die Ampel für die kommenden Jahre ein ehrgeiziges Ziel gesetzt: 400.000 neue Wohnungen im Jahr, davon 100.000 öffentlich gefördert.

Können unsere beiden Städte Bremen und Bremerhaven von der Koalitionsvereinbarung auch wirtschaftlich profitieren?
A. Bovenschulte: Auf jeden Fall. Der Koalitionsvertrag ist eine gute Grundlage dafür, dass wir unsere Schlüsselindustrien fit für die Zukunft machen – die Stahlwerke, den Automobilbau, den Flugzeugbau, die Häfen und Werften. Wir müssen und wollen unsere Industrie so umbauen, dass sie wirtschaftlich konkurrenzfähig bleibt und zugleich klimaverträglich wird. Stichwort: grüner Wasserstoff. Die ehrgeizigen Ziele der Ampel zum Ausbau der erneuerbaren Energien, insbesondere der Offshore-Windenergie, werden Bremen und Bremerhaven dabei neuen Schub geben.

Der Jahreswechsel steht vor der Tür. Welche Themen sind aus eurer Sicht jeweils die drei wichtigsten für die SPD im Land Bremen für das kommende Jahr – innerparteilich oder in der Regierung?
A. Bovenschulte: Natürlich gibt es nicht nur bei Corona große Herausforderun-

ZUR PERSON:

FOTO: PRIVAT

Andreas Bovenschulte ist seit Mitte August 2019 Bremer Bürgermeister und Präsident des Senats der Freien Hansestadt Bremen. Im Juni des Jahres war er zum Fraktionsvorsitzenden der SPD-Bürgerschaftsfraktion gewählt worden. Zuvor war er in der Nachbargemeinde Weyhe von 2014 bis 2019 Bürgermeister. Andreas Bovenschulte ist seit 1984 Mitglied der SPD und seit 30 Jahren Mitglied der Gewerkschaft ver.di. Von Juni 2010 bis Dezember 2013 war er Vorsitzender der SPD LAND BREMEN.

FOTO: SPD LAND BREMEN

Josefine Dehn, Mitglied des Vorstandes des SPD-Unterbezirks Bremen-Stadt, führte das Interview mit dem SPD-Landesvorsitzenden Reinhold Wetjen und Bürgermeister Andreas Bovenschulte.

FOTO: SPD LAND BREMEN

Reinhold Wetjen ist seit Juni 2021 Vorsitzender der SPD LAND BREMEN. Der 69-Jährige ist seit 1977 Mitglied der SPD und in der Gewerkschaft Ver.di organisiert. Vor seiner Wahl zum Landesvorsitzenden war Reinhold lange Jahre im Vorstand seines Ortsvereins Altstadt-Mitte und im Unterbezirk Bremen-Stadt aktiv, dort engagierte er sich vor allem als Campaigner.

gen und nicht nur beim Umbau unserer Wirtschaft. Wir werden auch weiter in Schulen und Kitas investieren und dafür sorgen, dass Ungleiches auch ungleich behandelt wird. Das muss weiterhin die Grundlage unserer Bildungspolitik sein. Wir wollen, dass wieder mehr Firmen Tariflöhne zahlen und dass die Feststellung der Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen erleichtert wird. Und wir wollen unsere Innenstädte stärken, die unter der Pandemie und dem zunehmenden Online-Handel leiden.

R. Wetjen: Wichtig ist, dass wir weiterhin gut und kompetent regieren. Da können wir uns ganz auf unsere Senatsmitglieder verlassen und unterstützen sie. Wir müssen aber auch schon über das kommende Jahr hinausdenken und die großen Linien hartnäckig verfolgen, dabei die Leitplanken vorgeben. Der Markt allein wird es nicht richten. Wie Bovi eben schon gesagt hat: Wir brauchen deutliche Fortschritte in der Bildung, in Kitas und Schulen, in der Ausbildung und bei der Sicherung guter, zukunftsorientierter Arbeitsplätze. Wir müssen unsere Industrie, unseren Mittelstand und unser Handwerk dabei unterstützen, fit für die Herausforderungen des Klimawandels und der Digitalisierung zu werden. Unsere gute Wissenschafts- und Forschungslandschaft in Bremen und Bremerhaven bilden eine super Basis dafür. Aber mindestens ebenso wichtig ist: Wir müssen die Stadtteile und Quartiere im Blick behalten. Wir müssen für die Menschen vor Ort da sein und uns aktiv mit ihren Forderungen, Anregungen auseinandersetzen, ihre Sorgen und Nöte aufnehmen.

Mit Blick auf die Bürgerschaftswahl 2023: Welche Chancen, aber auch Herausforderungen seht ihr bis dahin für die SPD im Land Bremen?

R. Wetjen: Wir sind eine Partei mit sehr vielen motivierten Mitgliedern. Die Parteiarbeit hat aber in der Pandemie gelitten. Im kommenden Jahr brauchen wir deshalb einen Aufbruch mit agilen Ortsvereinen, kreativen Beiratsinitiativen, spannenden Diskussionen und fordernden Jusos. Das ist eine gute Voraussetzung, um über einen engagierten Wahlkampf wieder deutlich stärkste politische Kraft im Land Bremen zu werden.

Für unsere weltoffenen und solidarischen Städte Bremen und Bremerhaven werden wir mit klaren Zielen kämpfen. Gemeinsam. Ich freue mich darauf.

A. Bovenschulte: Ich teile das, was Reinhold sagt. Wir müssen uns unsere Geschlossenheit bewahren, wir müssen unsere Ziele klar und verständlich formulieren und den Menschen konkret sagen, wo und wie wir ihr Leben besser machen werden. Das war der Schlüssel zu unserem Erfolg bei der Bundestagswahl und das kann auch der Schlüssel zum Erfolg bei der Bürgerschaftswahl sein. Die SPD ist und bleibt die Bremerhaven- und Bremen-Partei, die das ganze Land und alle Menschen im Blick hat und die in der Lage ist, unsere Freie Hansestadt auch durch schwierige Zeiten zu steuern. ■

IMPRESSUM

Herausgeber:
SPD-Landesorganisation Bremen
Violenstraße 43
28195 Bremen
Tel.: 0421/3 50 18-0
Fax: 0421/3 50 18-37
info-bremen@spd.de

Redaktion:
Roland Pahl (V.i.S.d.P.)
Namentlich gezeichnete Beiträge werden von den Autoren verantwortet.

Seite 4: SPD-Bürgerschaftsfraktion Bremen, Marieke Meinhart (V.i.S.d.P.), Wachtstraße 27/29, 28195 Bremen

ANZEIGE

INFO

10-MINUTEN-STADT

Weitere Diskussionsrunden

Auf ihrer Klausur Anfang Oktober hat die SPD-Fraktion ihr Konzept zur 10-Minuten-Stadt beschlossen. Bremen und Bremerhaven, so das Ziel, sollen zu Städten der kurzen Wege werden, in denen die Menschen alles, was sie für das tägliche Leben brauchen, in ihrer direkten Nachbarschaft finden.
Das Konzept begleitet die Fraktion mit einer groß angelegten Kampagne. So soll die Öffentlichkeit informiert und zur Diskussion eingeladen werden. Wesentlicher Bestandteil der Planung sind dabei Veranstaltungen in den Stadtteilen. Die ersten dieser Veranstaltungen haben in den vergangenen Wochen bereits stattgefunden, weitere folgen – abhängig von der Corona-Lage vorerst online.

Alle Informationen gibt es unter:

www.10-minuten-stadt.de

FOTO: MOERSCHY/PIXABAY

HAUSHALT BESCHLOSSEN

Bürgerschaft beschließt Etat für die kommenden beiden Jahre. Gottschalk: Klare Schwerpunkte trotz schwieriger Bedingungen

Die Bürgerschaft hat in ihrer Dezembersitzung den Doppelhaushalt für die Jahre 2022 und 2023 beschlossen. Vorgesehen ist ein Ausgabenvolumen von 5,1 Milliarden Euro im kommenden und 5,2 Milliarden Euro im übernächsten Jahr.

Der haushaltspolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Arno Gottschalk, erklärte, der Haushalt sei verantwortungsvoll, verlässlich und vernünftig. „Wir setzen weiterhin das um, was wir uns als rot-grün-rote Koalition vorgenommen haben und setzen klare Schwerpunkte“, betonte der Sozialdemokrat. „Kinder und Bildung, Sicherheit und Sauberkeit unserer beiden Städte, Gesundheit und Klimaschutz – in diesen Bereichen legen wir noch einmal eine ordentliche Schippe drauf durch massive Investitionen und zusätzliches Personal. Das zeigt: Wir stehen für Stabilität und gehen die Herausforderungen in Bremen und Bremerhaven entschlossen an.“

Gottschalk hob zudem hervor, dass in keinem Bereich gekürzt worden sei. Auch dies sei ein Erfolg. „Denn klar ist: Die Haushalte der kommenden beiden Jahre werden wie schon jene der Jahre 2020 und 2021 von der Corona-Pandemie und ihren Auswirkungen geprägt sein. Diese Folgen werden auch in den kommenden beiden Jahren deutlich zu spüren sein. Es ist daher völlig richtig, dass wir auch für 2022 und 2023 von der Ausnahmeregelung zur Schuldenbremse in der Landesverfassung Gebrauch machen. Denn wir müssen nicht nur eventuelle Steuerausfälle ausgleichen, wir müssen auch die negativen Folgen auf Wirtschaft und Gesellschaft auffangen. Wir dürfen nicht gegen die Krise ansparen, sondern müssen gezielt investieren, um Bremen und Bremerhaven gut für die Zeit nach der Pandemie aufzustellen.“

Diese enormen Herausforderungen durch die Pandemie seien ohne diese Ausnahmeregelung nicht zu bewältigen, sagte der Sozialdemokrat. „Unser Ziel ist es aber natürlich, möglichst schnell wieder eine Situation zu erreichen, in der diese Ausnahmesituation nicht mehr greifen muss“, so Gottschalk abschließend. „Klar ist aber auch: Wir werden auch in den kommenden Jahren in gute Bildung, die öffentliche Infrastruktur und in wirksamen Klimaschutz investieren müssen. Die Beratungen der Enquete-Kommission haben gezeigt, dass im Bereich Klimaschutz auch finanziell enorme Aufgaben vor uns liegen. Wir werden daher die Frage diskutieren müssen, wie diese notwendigen Investitionen zu finanzieren sind, ob dies unter den derzeitigen Bedingungen der Schuldenbremse in der Landesverfassung zu schaffen ist, oder ob wir hier zu anderen Regelungen kommen müssen.“ ■

12 MILLIONEN EURO FÜR FAMILIENCARD

Alle unter 18 Jahren erhalten 60 Euro pro Jahr für Freizeit- und Bildungsangebote

Die Corona-Pandemie hat Familien und insbesondere Kinder und Jugendliche in den vergangenen Monaten hart getroffen“, sagt der Vorsitzende der SPD-Bürgerschaftsfraktion, Mustafa Güngör. Die SPD-Fraktion hatte daher in die Haushaltsberatungen den Vorschlag für eine FamilienCard eingebracht, mit der Freizeit- und Bildungsangebote genutzt werden können.

Das Prinzip der FamilienCard ist einfach: Alle Kinder und Jugendlichen bis zum Ende des 17. Lebensjahres erhalten eine Chipkarte. Darauf sind in den Jahren 2022 und 2023 jeweils 60 Euro Guthaben geladen. Dieses Guthaben kann dann in Freizeit- und Bildungseinrichtungen in Bremen und Bremerhaven eingelöst werden. Im Rahmen der Haushaltsberatungen hat die rot-grün-rote Koalition dafür insgesamt 12 Millionen Euro eingeplant. Das Geld soll aus dem Bremen Fonds fließen.

„Ich freue mich, dass wir uns mit unseren Koalitionspartnern auf die Einführung einer solchen Karte verständigen konnten und in den kommenden beiden Jahren diesen zweistelligen Millionenbetrag für diese wichtige Maßnahme bereitstellen“, erklärt Güngör.

Für den Sozialdemokraten ist die FamilienCard dabei ein Vorhaben, von dem alle Seiten profitieren. „Ich bin fest davon überzeugt, dass wir damit mehr Familien – nach dieser schwierigen Zeit – einen Anreiz geben, Angebote in Bildung, Sport, Kultur, bei Vereinen oder im Rahmen der Ferien zu nutzen und in Anspruch zu nehmen“, sagt Güngör. „Gleichzeitig stärken wir damit die Einnahmeseite dieser Einrichtungen, was wir mit dem Bremen-Fonds ohnehin tun. Andere Städte wie zum Beispiel Stuttgart bieten eine solche Chipkarte schon seit vielen Jahren erfolgreich als Zahlungsmittel an. Der bestehende Bremen-Pass für Menschen im Transferleistungsbezug bleibt davon selbstverständlich unberührt.“

Güngör abschließend: „Die Coronakrise hat besonders den Kindern und Jugendlichen viel abverlangt. Mit der FamilienCard verbinden wir das Sinnvolle mit dem Nützlichen und suchen weitere Wege, wie wir noch stärker alle Kinder und Jugendliche unterstützen können, um der Vereinsamung zu Hause zu begegnen. Das ist eine gute Sache!“ ■